

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

Vielfalt ist Zukunft

Zukunftsweisende gesellschaftspolitische Themen wurden immer wieder von Bündnis 90/Die Grünen erkannt und aufgegriffen. So ist es auch mit unserer Forderung, endlich anzuerkennen, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist und wir die multikulturelle Realität gestalten müssen. Inzwischen sind auch Teile der Konservativen in dieser Wirklichkeit angekommen. Wieder einmal ist ein grüner Ansatz zum gesellschaftlichen Mainstream geworden. Dieser Erfolg freut uns, verpflichtet uns aber auch zur Weiterentwicklung unserer Programmatik.

Schon heute hat in Städten wie Köln oder Offenbach fast die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Jeder fünfte Ehe in Deutschland ist binational. Menschen mit Migrationshintergrund sorgen derzeit für einen neuen ökonomischen „Gründerboom“. Die Herausforderung der Zukunft ist also nicht mehr die Integration einer Minderheit in eine dominierende Mehrheit, sondern die Anerkennung und Organisation von Vielfalt. Andere Einwanderungsländer wie Kanada und die USA wissen längst um dieses Potential in ihren Gesellschaften. International agierende Unternehmen nutzen ganz gezielt Vielfalt, um in einem weltweiten Markt erfolgreich zu sein.

Das Fazit der gesellschaftspolitischen Debatte auf dem Zukunftskongress heißt „Vielfalt braucht Rechtsstaat – Rechtsstaat braucht Vielfalt“

Demokratie lebt also von Aushandlungsprozessen und Wandel auf der Grundlage des Rechtsstaats. Gesellschaftliche Vielfalt braucht in allen Bereichen des alltäglichen Lebens die Bereitschaft zu immer neuen Aushandlungsprozessen, wie beispielsweise einem gesellschaftlichen Integrationsvertrag. Anerkennung von Diversität in unserem Land heißt, die Stärke der Einwanderungsgesellschaft, ihre Dynamik und Kreativität zu fördern und zu nutzen. Die Innovationsfähigkeit Deutschlands hängt auch davon ab, dass viele Menschen sich in verschiedenen Gesellschaften und Kulturen sicher bewegen und Brücken bauen können. Existenziell wird dies in einem Land, das sein Wirtschaftswachstum stark dem Außenhandel verdankt.

Deutsch ist die Sprache, die uns alle verbindet. Erst die Beherrschung der deutschen Sprache ermöglicht eine gleichberechtigte Kommunikation und damit den Zugang zu gesellschaftlichen Gütern. Aber wir brauchen auch viele Menschen, die möglichst viele Sprachen möglichst gut beherrschen. Die Wertschätzung und Förderung der Mehrsprachigkeit ist zukunftsweisend in einer zusammenwachsenden Welt. Dem muss auch unser Bildungssystem Rechnung

tragen.

Pluralistische Gesellschaften bergen Konflikte und brauchen sie, um sich fortentwickeln zu können. Wo Menschenwürde und Bürgerrechte in Gefahr sind, muss der Rechtsstaat zum Schutz der Opfer konsequent eingreifen. Wir wenden uns dagegen, Konflikte – zumal soziale – zu einem „Kampf der Kulturen“ umzudeuten. Wir konzentrieren uns darauf, Gewalt, Menschenverachtung und soziale Ausgrenzung in unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Das ist nur gemeinsam mit Menschen effektiv, die es verstehen in vielen Welten zu leben. Ihre interkulturellen Erfahrungen sind unverzichtbar bei konstruktiver Konfliktlösung und Deeskalation.

Nur durch eine konsequente Politik der Antidiskriminierung wird es Chancengerechtigkeit geben. Daher begrüßen wir das Gleichstellungsgesetz, das auf der Grundlage grüner Initiativen entstanden ist. Dass dieses Gesetz nur ein Anfang sein kann, zeigt ein Blick auf die Realitäten. Beispielsweise sind die Chancen auf einen Ausbildungsplatz bei gleicher Qualifikation klar verteilt: die besten Chancen haben einheimische deutsche Männer, dann kommen einheimische deutsche Frauen, die schlechtesten Chancen haben Männer mit muslimischem Hintergrund noch gefolgt von Frauen mit muslimischem Hintergrund.

Eine Diversitätsstrategie muss in die Öffentlichkeit wie in die eigene Partei hineinwirken. So brauchen wir beispielsweise eine Weiterentwicklung unserer Mitgliederwerbung und unseres Kampagnen-Managements im Hinblick auf die Vielfältigkeit der Einwanderungsgesellschaft. Handlungsanleitungen für öffentliche Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zur Förderung von Vielfalt sind ebenfalls auszuarbeiten.

Vielfalt ist Bereicherung und Herausforderung zugleich. Sie ist der zentrale Baustein jeder offenen Gesellschaft. Unsere Gesellschaft wird in den kommenden Jahren an Pluralität gewinnen. Das ist unbequem, beinhaltet aber immense Potentiale, die zu nutzen eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre ist.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion werden auf der Grundlage ihrer bisherigen Beschlüsse in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten, Selbstorganisationen und Verbänden eine Strategie weiter entwickeln, um Diversität in allen gesellschaftlichen Bereichen wie auch in der Partei zu verankern und Diskriminierung zu bekämpfen.